

Mit der Verschärfung der Auseinandersetzung im Nahen Osten nimmt der Druck auf die Medien zu Redaktionelle Freiheit und Nahost

MATTHIAS HAGEMANN, Herausgeber



Parallel zur politischen Lage im Nahen Osten verläuft in Wellen ein Phänomen, das wir Medienschaffende regelmässig erfahren. Wenn die Spannungen um Israel steigen, wie aktuell seit der Wahl von Hamas und noch verstärkt seit der Libanon-Krise, werden wir mit kritischen Zuschriften zugedeckt. Nehmen dagegen die Spannungen in Nahost ab, werden auch die Zuschriften rasch weniger. Es handelt sich bei diesen Zuschriften mindestens teilweise nicht um normale Leserbriefe, sondern um die Produkte einer kleinen, elektronisch vernetzten Gruppe von Angehörigen verschiedener Konfessionen, die aggressiv und ohne grosse Kenntnis vom Wesen und von der Aufgabe der Medien, dafür mit ideologisch geladener Argumentation für Israel Partei nehmen und eine Kurskorrektur der Zeitung fordern. Welchen Grundsätzen folgt denn die baz, wenn es um die Berichterstattung und Kommentierung der Geschehnisse im Nahen Osten geht? Die Redaktion orientiert sich an den verlegerischen Leitlinien der baz sowie an der Erklärung der Rechte

und Pflichten der Journalisten. Daraus folgt namentlich: Oberstes Gut ist ihr der Versuch, so wahrheitsgetreu und vollständig wie möglich zu berichten und die Wahrung der Menschenrechte als zentralen Wert anzumahnen.

PFLICHT ZUR AUSGEWOGENHEIT. Die Menschenrechte, daran sei erinnert, gelten für alle in jenem komplexen Konflikt Beteiligten. Ihre Wahrung nützt allen. Selbstverständlich sollen alle relevanten Standpunkte in der Berichterstattung zu Wort kommen. Eine Pflicht zur Ausgewogenheit gibt es dagegen insbesondere in der Kommentierung der Ereignisse nicht. Hier spielt die redaktionelle Freiheit, die nicht als Persilschein verstanden, sondern verantwortungsvoll ausgeübt wird. Der Verleger einer Zeitung wiederum hat zusammen mit dem Chefredaktor nicht nur die redaktionelle Berichterstattung zu verfolgen, sondern vor allem die redaktionelle Freiheit gegen Druckversuche von aussen bestmöglich zu schützen. Nun ist die Sorge um die Situation Israels selbstverständlich sehr begreiflich. Das demokratische Land ist umgeben von un-

demokratischen Staaten, die sich mindestens teilweise seine Vernichtung auf die Fahnen geschrieben haben. Sie lassen Terrororganisationen von ihrem Boden aus Angriffe gegen Israel verüben. Andererseits ist auch die Situation der Palästinenser prekär, auch in ihren Gebieten gilt es, die Menschenrechte zu wahren und

Was nun die aggressive Lobbyarbeit betrifft, so gilt es, hier in aller Deutlichkeit ein Stoppssignal zu setzen.

den Menschen die Aussicht auf eine Zukunft und damit eine Alternative zum Terror zu geben. Die baz-Redaktion versucht, diesen komplizierten Interessen bestmöglich Rechnung zu tragen. Selbstverständlich nimmt die Redaktion Kritik der Leserschaft an ihrer Berichterstattung ernst. Wenn ihr aber Einseitigkeit und Benachteiligung einer Seite vorgeworfen wird, dann sicher zu Unrecht. Was nun die aggressive Lobbyarbeit jener

informellen vernetzten Gruppe betrifft, zu der an vorderster Front ein in Basel lehrender christlicher Theologieprofessor gehört, so gilt es, hier in aller Deutlichkeit ein Stoppssignal zu setzen. Dies nicht etwa aus antisemitischen Gründen, im Gegenteil. Solche Eiferer schaden der jüdischen Sache, der die baz und vorher die NZ traditionell zugetan war und ist. Es handelt sich um unzulässige Versuche, durch moralischen Druck die redaktionelle Freiheit zu beschränken.

ANGRIFFE. Diese betreffen beileibe nicht nur die baz, sondern beispielsweise auch «tachles», das jüdische Wochenmagazin der Schweiz (dessen Mitherausgeber die Basler Zeitung Medien sind) und seinen mutigen und brillanten Chefredaktor Yves Kugelmann, der sich dauernd solchen Angriffen ausgesetzt sieht. Bei «tachles» wird die Paradoxie der Vorgänge offensichtlich, wenn ein christlicher Theologe dem jüdischen Chefredaktor erklären will, was er über die Vorgänge um Israel zu denken und zu berichten habe. matthias.hagemann@baz.ch

nachrichten

Teheran weist UNO-Frist zurück

TEHERAN/NEW YORK. Der Iran hat die Aufforderung des Weltsicherheitsrats zurückgewiesen, bis zum 31. August die Urananreicherung einzustellen. Der iranische Präsident Mahmud Ahmedinejad sagte am Dienstag: «Wir haben nur einen einzigen Slogan und der lautet, dass die Herstellung von nuklearem Brennstoff unser legitimes und unwiderrufliches Recht ist.» DPA

Betrugsvorwürfe in Kongo

KINSHASA. Zwei Tage nach den historischen Wahlen in Kongo hat Vizepräsident Azarias Ruberwa den Behörden massiven Wahlbetrug zugunsten der amtierenden Präsidenten Joseph Kabila vorgeworfen. Er forderte eine Wiederholung der Abstimmung in den betroffenen Wahllokale. Der frühere Rebellenführer hatte sich selbst um das Amt des Präsidenten beworben. Mit seinen Äusserungen widersprach Ruberwa der Einschätzung internationaler Beobachter, die die Wahl als weitgehend frei und fair bezeichnet hatten. Bereits in 90 Prozent der Wahllokale sind die Stimmen ausgezählt. SDA



Tote im Irak

BAGDAD. Bei Anschlägen im Irak sind am Dienstag mindestens 58 Menschen ums Leben gekommen. Unter anderem detonierte im Norden des Landes ein am Strassenrand versteckter Sprengsatz, als ein mit Soldaten besetzter Bus vorbeifuhr. Alle 24 Insassen wurden getötet. In Bagdad explodierte eine Autobombe gegenüber einer Bank, in der sich Sicherheitskräfte gerade ihr Gehalt auszahlen liessen. Dort kamen mindestens 14 Menschen ums Leben. AP

Heftige Kämpfe in Sri Lanka

COLOMBO. Bei Kämpfen und Anschlägen zwischen tamilischen Rebellen und der Armee im Nordosten Sri Lankas sind am Dienstag bis zu 26 Soldaten getötet worden. Die Rebellen griffen unter anderem den Hauptstützpunkt der Marine in der Region an. Zuvor hatte die srilankische Luftwaffe mutmassliche Stellungen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) bombardiert. SDA

Warnsystem zeigt Terrorbedrohung

LONDON. Ein neues Warnsystem für mögliche Terrorangriffe in Grossbritannien stuft die derzeitige Bedrohungslage als «schwer» ein. Dies bedeute, dass die Geheimdienste einen Angriff zurzeit für äusserst wahrscheinlich hielten, erklärte das Innenministerium, auf dessen Web-Site die gegenwärtige Alarmstufe am Dienstag bekannt gegeben wurde. Diese ist die zweithöchste auf einer fünfstufigen Skala. AP

UNO diskutiert Friedenspläne

USA und Frankreich planen Resolutionen im Sicherheitsrat

PIERRE SIMONITSCH, Genf

Ein Waffenstillstand im Nahen Osten sowie die Entsendung einer multinationalen «Stabilisierungstruppe» könnten nach Ansicht von US-Aussenministerin Condoleezza Rice noch diese Woche beschlossen werden.

Die USA wollen in den nächsten Tagen dem Weltsicherheitsrat einen Resolutionsentwurf unterbreiten. Frankreich hat den übrigen 14 Mitgliedern des Sicherheitsrats bereits einen Resolutionsentwurf zugeleitet, der die Konfliktparteien zur sofortigen Einstellung der Kämpfe auffordert. Der amtierende libanesische Aussenminister Tarek Mitri unterstützte vor dem obersten UNO-Gremium den französischen Vorschlag. Er forderte den Sicherheitsrat am Montag auf, «mitzuhelfen, diese menschliche Tragödie zu beenden» und einen «sofortigen und umfassenden Waffenstillstand» anzuordnen.

Der französische Plan sieht die Schaffung einer breiten Pufferzone in Südlibanon vor, die von einer internationalen Truppe überwacht werden soll. Die Pufferzone soll von der jetzigen Demarkationslinie zwischen Israel und Libanon bis zum Fluss Litani reichen, der in der Bekaa-Ebene entspringt und nördlich der Hafendstadt Tyrus ins Meer mündet.

Dieses Gebiet sollte ursprünglich von den 1978 geschaffenen Interimstruppen der UNO (Unifil) kontrolliert werden, deren Kräfte aber dafür nicht ausreichten. Die nur mit leichten Waffen ausgerüsteten rund 2000 Blauhelme zogen sich daher auf einen Grenzstreifen zurück. Der Sicherheitsrat verlängerte am Montag das Mandat von Unifil um nur 30 Tage. Während dieser Zeit soll eine schlagkräftigere Streitkraft aufgestellt werden.

STABILISIERUNGSKRÄFTE. Für diese künftige Truppe mit einem «robusten» Mandat sucht die UNO jetzt bis zu 20000 Mann. Auf Antrag der USA hatte UNO-Generalsekretär Kofi Annan für Montag ein Treffen der Vertreter jener Staaten nach New York einberufen, die zur Teilnahme an den Stabilisierungskräften bereit wären. Das Treffen musste aber auf unbestimmte Zeit verschoben werden, weil es die meisten Regierungen angesichts der unklaren Lage für verfrüht halten.

Sowohl die USA wie auch Frankreich setzen sich zum Ziel, die Bedingungen für eine dauerhafte Lösung der Krise in Nahost zu schaffen. Die Aussagen ihrer Vertreter lassen aber unterschiedliche Auffassungen erkennen. Die Franzosen wollen zuerst die Eskalation der Gewalt stoppen und dann «dringend die Wurzeln der Krise untersuchen». US-Botschafter John Bolton sieht die Reihenfolge umgekehrt. Er hat bereits «den andauernden Griff der Hizbollah auf den Südlibanon und ihre Angriffe gegen Israel» als die Ursache des Konflikts ausgemacht.

«Die Bomben von Frau Rice»

Bei den Menschen in der arabischen Welt wächst die Empörung



Protest. In Kairo geben Demonstranten den USA die Schuld am Krieg. Foto Keystone

TOMAS AVENARIUS, Kairo

Die Entrüstung in der arabischen und islamischen Welt über das fortgesetzte Bombardement in Südlibanon richtet sich längst nicht mehr nur gegen Israel. Inzwischen stehen auch die USA am Pranger.

Spätestens seit die Bilder der bei dem Luftangriff auf ein Haus in Kana getöteten Kinder um die Welt gehen, wendet sich die Wut in der arabischen und islamischen Welt erkennbar auch gegen die USA. Die von den arabischen Medien vermittelte Sicht der Dinge ist einfach, aber deshalb keineswegs grundsätzlich falsch: Die Regierung in Washington gestatte Israel aus der strategischen Erwägung einer «Neuordnung des Nahen

Ostens» eine Fortsetzung der brutalen Militäraktion. Und das, obwohl die meisten Opfer bisher Zivilisten sind und jeder stichhaltige Beweis für schwere Verluste der Hizbollah oder für substanzielle Erfolge bei der Zerstörung ihres Raketenarsenals weitgehend fehlen. Arabische Menschenleben, so die Schlussfolgerung, zählten wenig, wenn es um die Interessen der USA, Israels und auch Europas gehe.

TRÜMMER. «Das ist der neue Nahe Osten», so begann ein arabischer TV-Kommentator seinen Bericht über die Bergung der Kinderleichen aus den Trümmern des bombardierten Hauses in Kana. Der Tod von mehr als 50 Men-

schen hat im arabischen TV einen für die Rolle der USA in Nahost katastrophalen Niederschlag gefunden. Der Sender Al Jazira zeigte immer wieder die selben Bilder: Kinderleichen aus Kana, aus den Trümmern des bombardierten Hauses geborgen. Auch die anderen arabischen Sender wiederholen immer wieder diese Bilder.

NEUE BOMBEN. Es sind TV-Bilder, die im Bewusstsein der arabischen Bevölkerung nahtlos anschliessen an die Fernsehbilder aus Afghanistan, aus dem Irak-Krieg, aus dem Gazastreifen, aus Guantánamo. Die Nachricht, dass die USA Israel derzeit neue, lasergelenkte und Bunker brechende Bomben liefert, während US-Aussenministerin Condoleezza Rice sich als Vermittlerin darbietet, macht die Sache für viele Kommentatoren noch klarer. Der radikal-islamische kuwaitische Abgeordnete Khaled al-Adwa konnte daher auch auf breite Zustimmung hoffen mit Sätzen wie: «Die Bomben, die in Libanon einschlagen, sind die Bomben von Frau Rice.»

Da in der öffentlichen Meinung der arabischen Welt die Interessen der USA und Israels grundsätzlich gleich gesetzt werden, dürfte der langfristige Schaden durch den Libanonkrieg für die Position der USA in Nahost beträchtlich sein und die von Washington geplante Neuordnung der Region noch schwieriger machen. Bei der ersten grossen Anti-Kriegs-Demonstration in Beirut seit Beginn der israelischen Luftschläge vor mehr als zwei Wochen war es aber nicht Kritik an den «Zionisten» und den USA, die formuliert wurde, sondern: «US-Bomben, abgeworfen von israelischen Flugzeugen, mit arabischer Zustimmung.» Das ist dann auch der eigentlich gefährliche Dreisatz: Sollte sich kein Waffenstillstand durchsetzen lassen und der Krieg wie von Israel angekündigt noch Wochen dauern, wird die öffentliche Stimmung die pro-westlichen Regierungen in Jordanien, Kuwait, Ägypten oder Saudi-Arabien zwingen, Stellung zu beziehen.

Äusserten die Führer Ägyptens, Jordaniens und Saudi-Arabiens sich in den ersten Kriegstagen vor allem kritisch gegenüber der radikal-islamischen Hizbollah, so drücken sie nun immer häufiger öffentlich ihr Unverständnis aus über die «grausigen Verbrechen» der israelischen Piloten und das rücksichtslose und gegen das Völkerrecht verstossende israelische Vorgehen. Da die innenpolitische Situation in den meisten der arabischen Staaten instabil ist, kann es sich kaum eine Regierung erlauben, zu lange auf der falschen Seite zu stehen: Und die ist im öffentlichen Bewusstsein die Seite der USA und Israels.